

Arbeiter-Zeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (im Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,20 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstraße 7 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 15590

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Normalzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM. Für die Anzeigenannahme an den dienstfreien Tagen der Zeitung (Sonntag, 1. Oktober, 1. November, 1. Dezember) 1,50 RM. Die Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstraße 7 / Die „Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Ersatzleistung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 8. Oktober 1929

Nummer 235

Neue Enthüllungen im Sklaref-Scandal

Der SPD-Oberstaatsanwalt als Kuhnliefer der Verbrechen / Wie die SPD Sklaref ins Geschäft brachte / Tabakmonopol durch Reemtsma in Vorbereitung / Der Bürger-Killinger-Anschlag auf den 9. November in Sachsen

Die „Rote Fahne“ deckt auf:

Berliner Oberbürgermeister belastet

Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Rote Fahne veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer den ersten Teil der Liste derjenigen städtischen Beamten, die von Sklaref Anträge erhalten haben zu einem Preise, der vier- bis fünfmal unter den Gehältern liegt.

Diese Liste enthält u. a. den Namen des Oberbürgermeisters Böhm und seiner Tochter, die eine Reithalle erhalten hat, ferner den früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten a. D. und Oberbürgermeister Friedrich Hecht, ferner den ersten und zweiten Vorsitzenden der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion, ferner den sozialdemokratischen Staatsanwalt Reimund, den Oberstaatsanwalt Lehmann, ferner eine ganze Reihe sozialdemokratischer Bürgermeister, Stadträte, Stadtschulräte, den berüchtigten Prolet, den Generaldirektor der Berliner Verkehrs-W.G., Krille, den sozialdemokratischen Generaldirektor der Berliner Brennstoffgesellschaft und auch sozialparteiliche und deutschnationale Stadtoberordnete und Magistratsbeamte.

Da gegen die Empfänger dieser Kleidungsstücke ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, fallen alle diese hohen Würdenträger der SPD, ferner der demokratische Oberbürgermeister Böhm unter diejenigen, die einem Disziplinarverfahren unterliegen.

Bis jetzt ist noch keine Veröffentlichung der Kleiderliste erfolgt, da man von ihr die Kompromittierung der bekanntesten sozialdemokratischen und bürgerlichen Persönlichkeiten Berlins befürchtet. Jetzt wird auch verständlich, warum der Oberstaatsanwalt Lehmann bereits früher das Untersuchungsverfahren gegen den sozialdemokratischen Vertreter Liebert niedergelassen hat, warum der Oberstaatsanwalt Lehmann „im Interesse des Untersuchungsverfahrens“ nichts veröffentlicht hat, steht er doch selbst an der Spitze derer, die in guten Beziehungen zu den Betrügern Sklaref standen. Der Vorwärts schweigt beharrlich. Noch einen Tag vor der Verhaftung hat mit dem Sklaref in Berlin ein offenes Kartell gefunden, an dem der sozialdemokratische Bürgermeister Schneider teilgenommen hat. Es wurde dabei eine Reihe von 4500 Mark gemacht. Die Rote Fahne fragt: Ist es wahr, daß sich der sozialdemokratische Staatsanwalt Reimund von den Sklaref seine Hochzeitsreise nach Italien bezahlen ließ? Die Rote Fahne kündigt weitere Enthüllungen an.

Eines der charakteristischsten Kennzeichen des Kapitalismus ist die Korruption. Diejenige Partei, die der Erhaltung des kapitalistischen Systems dient, muß unweigerlich in den Korruptionsstumpf hineingezogen werden. Ein ganzes dräseliges Netz hat sich hier um den Sklaref-Scandal in Berlin und an anderer Stelle, nämlich in Coburg, der Jünings-Scandal, bei dem die Nationalsozialisten, die in Coburg die Mehrheit haben, die Hauptbeteiligten sind.

Die Rote Fahne hat in ihrer Sonnabendnummer mit den großen Enthüllungen über den Sklaref-Scandal begonnen. Schon die bisher veröffentlichten Tatsachen zeigen, daß sich

hier tiefe Kommunalstünde zu einem Scandal für die SPD

ausgewählt hat. Die erste Frage, die die Rote Fahne in ihrer Nummer vom Freitag, dem 4. Oktober, an die Leserschaft gerichtet hat, lautet: „Wer hat die Sklaref ins Geschäft gebracht?“ In der Sonnabend- und Sonntagnummer gab das Zentralorgan unserer Partei die Antwort darauf und zeigte an Hand von einwandfreiem Material, daß es die SPD gewesen ist, die die Mitglieder der SPD, nämlich die Gebrüder Sklaref, ins Geschäft gebracht hat.

Vor allen Dingen sind es zwei Sozialdemokraten, mit deren Hilfe es den Gebrüder Sklaref gelungen ist, ihre Monopolstellung in der Lieferung von Textilwaren zu erhalten. Es sind dies die Sozialdemokraten Kieburg und Liebert.

Kieburg

hatte vor dem Jahre 1921 ein kleines pleitegegangenes Konfektionsgeschäft in Neufahrn innegehabt. Mit Hilfe seiner sozialdemokratischen Freunde wurde er nach diesem „Befähigungsnachweis“ zum Direktor der Neufahrner Kleidungs- und Bekleidungs-Gesellschaft ernannt. Nach kurzer Zeit stand diese Gesellschaft durch die Tätigkeit des Kieburg vor einem Defizit von 14 Millionen Mark. Mit Hilfe der Sozialdemokratie wurde Kieburg trotz dieser Schwereisen, durch die das 14-Millionen-Defizit sich ergeben hatte, zum Direktor der großen Kieburger Bekleidungs-Gesellschaft in der Kommandantenstraße ernannt. Damit — es war im Jahre 1921 — begann das gemeinsame Geschäft zwischen Kieburg und den Gebrüder Sklaref. Zum Gehilfen wurde der in der Anlaufungs-Gesellschaft für Textilien tätige Prolet und SPD-Mann Liebert bestellt.

Der Sozialdemokrat Kieburg verließ sich in kürzester Zeit das gesamte Lager zu einem lächerlichen Preis, damit die Sklaref wieder mit neuen Lieferungen bedacht werden konnten. Die Presse, die die Beförderung des Kieburg nicht gerade sehr günstig kritisierte, wurde durch Kieburgs Inzeratenaufträge, die vorher die Kleiderher-

stellungsgesellschaft überhaupt nicht erteilt, zum Schweigen gebracht. Von 1921 bis zum Jahre 1929 haben die Sklaref mit Hilfe ihrer sozialdemokratischen Freunde nicht weniger als für 400 Millionen Schandware an die Stadt Berlin geliefert.

Neben Kieburg war es der SPD-Mann Liebert

der sich mit Hilfe der KPD ein Millionenvermögen erworben hat. Kein Geschäft ging über diesen Sozialdemokraten, ohne daß er sich davon eine horrende Provision ausbedungen hätte. Auf diese Weise gelang es dem angestellten Liebert, nicht nur Teilhaber der Tuchfabrik Sommerfeld, sondern auch Teilhaber der Beleuchtungskörperfabrik Liebert u. Co. in Berlin zu werden. Darüber hinaus hat Liebert, der in Geld förmlich schwamm, riesige Summen ausgeliehen, für die er pro Monat 3 Proz., d. h. 36 Proz. Zinsen, forderte und

Eine neue Provokation:

Anschlag der Bürger-Killinger-Regierung auf den 9. November

Dresden, den 8. Oktober.

Das sächsische Kabinett beschloß in der Sitzung vom 4. Oktober, dem Landtag eine Vorlage zu unterbreiten, die dem 9. November den Charakter des gesetzlichen Feiertages nimmt. Ein Jubel in der bürgerlichen Presse und lange Kommentare über die mutige Verteidigung „wirtschaftlicher“ und nationaler Belange durch die Regierung zeigen, welche Bedeutung die Bourgeoisie diesem Festtag der sächsischen Regierung gegen die Arbeiter beimißt. In seiner Sonntagausgabe bemüht sich der Dresdener Anzeiger, besonders nachzuweisen, „daß daraus (dem Festtag des 9. November als Feiertag) auch zahlreiche wirtschaftliche Schwierigkeiten entspringen“. Es ist geradezu grotesk, in einer Zeit der dauernden Erwerbslosigkeit von Hunderttausenden in den einzelnen Großstädten und Industriestädten solche Argumente vorzubringen. Es ist dies auch lediglich ein Vorwand, der die wirklichen Gründe des reaktionären Vorstoßes verdecken soll. Außerdem wird vom Dresdener Anzeiger gesagt: „Vor allem stehen aber wichtige nationale Aufgaben gegen die Verteilung des Feiertagscharakters an diesem Tage“. Der eigentliche Hintergrund, weswegen der 9. November als Feiertag befestigt werden soll, ist aber in folgendem Satz enthüllt:

„Nachdem der 9. November zu den Revolutionstagen großer Bedeutung ist, ist die Einföhrung auch weit in die sozialdemokratischen Kreise gedrungen, daß der 9. November der Tag des Zusammenbruchs ist, daß sich in ihm das größte deutsche Unglück verortet und daß deshalb wahrlich kein Anlaß besteht, ihn zu feiern.“

Mahatma Gandhi



Der Führer des bürgerlichen Flügels der indischen Freiheitsbewegung, wurde dieser Tage 60 Jahre alt.

erhielt. Gleichfalls setzte er sich in den Besitz sehr wertvoller Grundstücke, von denen er allein in Berlin sieben besitzt, die er zum Teil auf andere Namen eingetragen hat.

Alle diese Tatsachen, von denen wir hier nur einen kleinen Auszug bringen können, waren der SPD wohl bekannt. Sie konnte und wollte diese Verhältnisse nicht ändern, „weil die Sklaref und ihre sozialdemokratischen Kumpane die SPD-Politiker in der Hand hatten. Dieser Tatsache verdanken auch die Sklaref die Verlängerung der Lieferverträge, für die sich damals der Sozialdemokrat Heilmann so warm eingesetzt hat.

Dieses Netz der Korruption werden die Berliner Arbeiter, wird die Rote Fahne nach allen Seiten hin beleuchten. Dem Vorwärts ist schon bei den letzten Enthüllungen der Rote Fahne die Sprache weggeblieben. Der Sklaref-Scandal wird dazu beitragen, daß am 17. November die Arbeiterklasse sich in noch viel stärkerem Maße als bisher von der SPD-Korruptionspartei abwendet und der KPD als der Partei, die rücksichtslos gegen die Korruptionisten vorgeht, ihre Stimmen gibt.

Es ist der „Lubergerruch“ der Revolution, der dem 9. November anhaftet; es ist die Erinnerung daran, daß die Straßen und Gebäude damals nicht durch die schwarzroten Horden der Truttbourgeoisie, sondern das rote Banner der Revolution beherrschet waren, dem Symbol des Kampfes der Arbeiter- und Soldatenräte und der Diktatur des Proletariats. Daß diese Tage der revolutionären Kämpfe von den Ausbeutern und ihren Organen als Tage des größten Unglücks bezeichnet werden, an die es auch nur die leiseste Erinnerung auszulassen gilt, ist sehr erklärlich. Die heutige Situation ist besonders dazu geeignet, unter allen Umständen diese Erinnerung zu wecken, weil die Sozialdemokratie, die damals noch die Möglichkeit hatte, die Arbeiter von der enghirnigen Beteiligung des kapitalistischen Systems abzuhalten, heute ihren Einfluß auf die entscheidenden Schichten des Proletariats in immer schnellerem Tempo verliert, und weil inzwischen die kommunistische Partei in immer breiterem Maße die Führung der Arbeiterklasse erobert. Der Angriff auf den 9. November gilt also nicht etwa einer „Geburtsstunde der Republik“, denn dieser Tag war noch kein schwarzroter, er war der Tag des Zusammenbruchs des alten Regimes unter revolutionären Regierergestaltungen. Das beweist auch folgender Satz:

„Büßt man das Bedürfnis, des Wandels der alten zur neuen Zeit in besonderer Art zu gedenken, dann muß man die Erinnerung an ein Ereignis suchen, das Aufstand, aber nicht Niederbruch bedeutet.“

Die heutige Zeit des Massenstreiks, des Raubes selbst der armstetigsten Erzeugnisse, die bereits befestigten Regierungen

des **Wahlkampfes**, des Schutzes gegen Entlassungen, der Erwerbslosenfürsorge werden von der Bourgeoisie als „Aufbau“ bezeichnet, weil dadurch die Profitsteigerungen für sie außerordentlich gute sind. Daß jetzt das letzte, auch die Erinnerung an die revolutionäre Zeit, ausgelöscht werden soll, ist nur folgerichtig von der Bourgeoisie geahnt.

Die Arbeiterklasse läßt sich natürlich nicht von diesen Betrugstaktiken leiten. Auch das wird von dem Dresdner Anzeiger klar erkannt. Er weist darauf hin, daß die Sozialdemokraten durch ihre proletarischen Anhänger gezwungen sein werden, so zu tun, als famäsen sie gegen die Aufhebung des 9. November als Feiertag. Wörtlich formuliert der Anzeiger diese seine richtige Auffassung folgendermaßen:

„Zum mindesten „aus Freigegründen“ werden die Sozialdemokraten allerdings heftigen Widerstand leisten.“

Diese diplomatische Formulierung des Anzeigers dient natürlich dem Zweck nicht offen die Sozialdemokraten in Mißkredit zu bringen, weil sonst die Arbeiter sehr schnell den Charakter dieser Kammacher des kapitalistischen Regimes erkennen würden und die SPD an Wert als Volkswert gegen die revolutionären Kämpfe der Arbeiter verlieren würde. Die Bourgeoisie hat also allen Anlaß, die SPD in ihren Manövern gegen die Arbeiter zu unterstützen.

Trotz der Dresdner Anzeiger ebenso wie die Sozialdemokraten den Kampf gegen den 9. November als eine Angelegenheit, über die lediglich der Landtag zu entscheiden hat, hinterlassen, ist wiederum ein Fehlschlag, in welchem Maße die Bourgeoisie außerparlamentarische Austragung fürchtet.

Auch der 1. Mai wird angegriffen

Die Deutschnationalen machten einen weiteren Schritt in einem Antrag, der die Beilegung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag ausserdem fordert. Dieser Antrag beweist, daß die Feiertage, die das Proletariat sich erkämpft, von der Bourgeoisie unter allen Umständen beseitigt werden sollen und in Zukunft nur solche Feiertage Gültigkeit haben, die von den Kapitalisten leihweise sind. Die Bourgeoisie glaubt allen Ernstes, daß durch den fortgesetzten Verrat, durch die schändliche Arbeit der Sozialdemokratie in den Arbeiterorganisationen die Arbeiterklasse bereits jetzt nicht mehr in der Lage ist, den reaktionären Vorstößen entgegenzutreten zu können. Die Dresdner Volkszeitung, deren jämmerliche Rolle immer offenkundiger wird, heult auch in ihrem Kommentar wehleidig: „Bei dem herrschenden Bürgerblut muß die Arbeiterklasse auf alles gefaßt sein.“ Das ist schon glatte Kapitulation. Das ist schon Beweis, daß selbst der Dresdner Anzeiger die Schreiberleuten am Wettinerplatz viel zu hoch einschätzt. Es ist der Beweis, daß die SPD beim Kampf der Arbeiter gegen die Beilegung des 9. November als gesetzlichen Feiertag sich auf einige jämmerliche Nebenwendungen beschränken wird.

Wie sehen die Kommunisten zum 9. November?

Wir betonten schon, daß der 9. November für die Arbeitermassen ein Feiertag ist, an dem das Proletariat seinen Kampf gegen das kapitalistische System durch die Organe der proletarischen Diktatur, die Arbeiter- und Soldatenräte, zu führen vermag. Es ist der Tag, an dem bewaffnete Arbeiter, rote Fahnen vorantragend, die Straßen beherrschen, an dem bewaffnete Arbeiter die Ausbeuter und ihre Kreaturen in den Betrieben niederschwängen, es ist der Tag, an dem revolutionäre Arbeiter in den öffentlichen Gebäuden die reaktionäre Bürokratie in die Ecke drängen. Daß dieser Tag ermüdet wurde durch den Verrat der SPD-Führer und durch die Schwäche und Unklarheit der revolutionären Gruppen, ändert nichts an der revolutionären Bedeutung der ausgetragenen Kämpfe. Dieser Tag soll gerade deshalb Erinnerung und Lehre sein in den jetzt kommenden Kämpfen, in denen die Arbeiter sich klar sein müssen, daß nur bis zum äußersten entschlossene, bewaffnete Arbeiterbataillone die Bourgeoisie endgültig niederschwängen und somit die kapitalistische Ausbeutung zu beseitigen in der Lage sind. Er soll weiter eine Lehre sein, daß Verräter und Schwächlinge aus der Führung in der proletarischen Revolution unerbittlich beseitigt werden müssen, soll nicht in den nächsten Kämpfen wiederum ein Mißfall wie nach dem 9. November eintreten, der schließlich in die von dem Dresdner Anzeiger als „Aufbauperiode“ der brutalen Ausbeutung, wie wir sie heute erleben, ausmündet. Die Lehre des Proletariats aus dem Vortag der Bourgeoisie gegen den 9. November muß sein: Verstärkung des Kampfes um die Verteidigung der letzten Errungenschaften, Vorstoß zu neuen Kämpfen für die Sache der Revolution, Sammlung und Organisierung der Massen um das Banner der kommunistischen Partei, deren Aufgabe es ist, aus den Lehren des deutschen November 1918 mit dem Mittel des russischen Oktober 1917 die Arbeiterklasse zum Kampf gegen das kapitalistische System für ein Sowjetdeutschland zu führen.

Die **schändlichen Arbeiter** werden in allen Betrieben und Organisationen gegen den reaktionären Vorstoß Stellung nehmen und die Rolle der Sozialdemokratie während aufzeigen.

Die Arbeitermassen werden unter dem roten Banner der proletarischen Revolution trotz aller Angriffe der Bourgeoisie, trotz aller Verwirrungsmanöver der Sozialdemokratie marschieren und dafür sorgen, daß die revolutionären Stützpunkte in den Betrieben und Organisationen ausgebaut werden, daß in den

Nicht zu verbieten!

Der KFB demonstriert

Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag marschierten in dem Berliner Arbeiterbezirk Oranienburg 3000 uniformierte Kameraden des nicht zu verbietenden Roten Frontkämpferbundes zu einer machtvollen Demonstration auf, an die sich auf dem Schloßplatz vor Tausenden Kameraden und Arbeiter eine Kundgebung verbundene mit wichtigen kurzen Ansprachen, angeschlossen. Der Oranienburger Arbeiter bemächtigte sich eine große Begeisterung über das Auf-

Gemeinden die revolutionären Forderungen des Proletariats, die Kommunisten, veranlaßt erschienen, um überall und mit allen Mitteln die Massen zu mobilisieren, sie werden gerade jetzt die kommunistische Partei im Wahlkampf unterstützen und dafür sorgen, daß die Agitation der kommunistischen Partei in die letzte Arbeiterwohnungsdringt, daß der Kampfhaude gestärkt wird und daß am 17. November den Faktionen der Bourgeoisie von den „linken“ Sozialdemokraten bis zu dem schändlichen Kämpfer die Antwort auf die gegen die Arbeiter begangenen Verbrechen erteilt wird durch Wahl von Kommunisten! Das wird die richtige Antwort sein auf den treuen Anschlag des jüdischen Reichstags!

Organisierte Verdunkelungsmanöver in Moabit

Justizskandal im Bombenleger-Prozess

Wir sind in der Lage, der Öffentlichkeit Einzelheiten unterbreiten zu können, die zeigen, wie dieselbe Klassenjustiz, die mit äußerster Brutalität und Schärfe gegen die Vertreter des kämpfenden Proletariats vorgeht, mit Gesagten verfährt, die den Nationalsozialisten und den Rechtsparteien nahesteht.

Unter dem Verdacht, unmittelbar mit der Bombenattentatserie in Verbindung gestanden zu haben, wurden noch dem Bombenattentat auf den Reichstag eine größere Anzahl sozialistischer Führer verhaftet. Die am härtesten Belasteten, mit Hamtens und v. Salomon und andere sind längst freigelassen. Die wenigen noch in Haft befindlichen hängen in Moabit.

Nichts ist bezeichnender für die Untersuchungsmethoden der sozialistischen Polizei- und Justizbehörden, als die Behandlung dieser Kameraden der KPD im Moabiter Untersuchungsgefängnis. Während es sonst durchaus üblich ist, in ein und dasselbe Verfahren vermittelte Angeklagte im Untersuchungsgefängnis zu verteilen und räumlich möglichst voneinander getrennt zu halten, ist in diesem Fall

der sogenannte C-Fügel des Moabiter Gefängnisses für die Bombenleger und ihre Freunde freigemacht worden. Sie sind Zelle an Zelle untergebracht und haben so natürlich

Um den Achtstundentag
Streik der Neunorter OBl. und Gemeindefreier
Polizeiprovokationen

III. Neunort. Am Sonntag straten 2000 Neunorter Arbeiter bei den Gemüde- und Chilitoleranten in den Streik, die die achtstündige Arbeitszeit fordern. Man schätzte die Güter, die durch dem Verberben preisgegeben sind, auf etwa 5 bis 6 Millionen Dollar. Lange Reihen beladener Waggons stehen an den Piers und werden nicht gelöst. Verstärkte Polizeitruppen versehen den Ordnungsdienst in den Bezirken, wo Streikpunkte aufgestellt sind. Die Staats- und Gemeindefreier versuchen zu vermitteln, da man um die Versorgung der Neunorter Bevölkerung besorgt ist.

Ein neuer SPD-„Erfolg“

Tabakmonopol in Vorbereitung

Rechtsma kämpft mit Amerikas Hilfe darum!

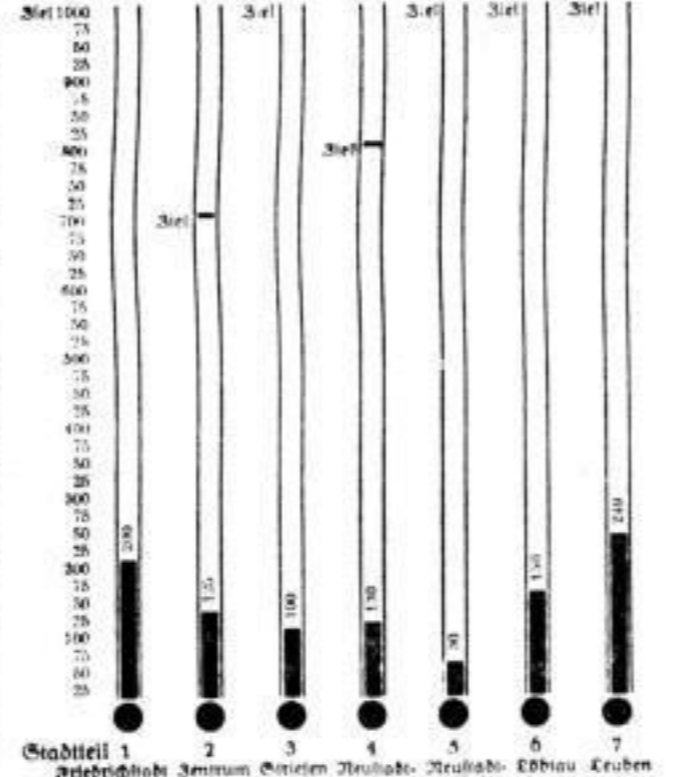
Berlin, 8. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, finden zur Zeit im Reichsfinanzministerium Verhandlungen über die Errichtung eines Tabakmonopols des Rechtsma-Kongress statt. Dieses Monopol soll sich nicht nur auf Ziga-

ren die Möglichkeit einer unmittelbaren Verbindung untereinander. Sie sind also in der Lage, ständig ihre Auslagen beizufallen, Gegenüberstellungen vor dem Untersuchungsrichter vorlegen zu können. Ferner erfahren wir, daß eigens zur Bewachung der Bombenleger 10 bisher nicht im Untersuchungsgefängnis Moabit tätige Beamte eingestellt worden sind. Ohne festzugehen, kann man behaupten, daß diese Sonderbeamten samt und sonders politisch rechtsradikal eingestellt sind und die Verbindung der Inhaftierten mit der Außenwelt aufrechterhalten.

Mit diesen Feststellungen ist der schändliche Beweis erbracht, daß von den in Händen der Sozialisten befindlichen Polizei- und Justizbehörden jede ernsthafte Verfolgung der Bombenleger und ihrer politischen Hintermänner unterbunden wird. Wir werden in den nächsten Tagen der Öffentlichkeit erneut Beispiele dafür bringen, in welchem Maße die Behörden des Faschismus von den verantwortlichen republikanischen Amtsstellen gedeckt und gefördert wurden. Für jeden Arbeiter zeigen die gegen die O-Beute und Nationalsozialisten durchgeführten Untersuchungsmethoden, daß ein aktiver Kampf gegen den Faschismus nur durch die Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei geführt werden kann.

Treibt das Thermometer hoch!

Das bisherige Ergebnis der Sammlung der Dresdner Stadteile für den Wahlfonds der KPD



Verstärkt die Arbeit, schafft Munition!



Der Sch...
Phi...
Philipp...
Mallendrud...
Bismarcken...
Som...
einen Arti...
Arbeiterhof...
„Begründen“...
Klärerin...
benutzt den...
als...
ist...
seiner...
abnehm...
Er...
gegen...
die...
Korren...
Nicht...
put...
„Begründen“...
Wie...
die...
Stellen...
berührt...
schwierig...
sich...
Ländern...
sollen...
Tafel...
werden...
Es...
Rusland...
Der...
Iord...
Rusland...
beut...
Scheidemann...
„Reimen“...
System...
der...
Diktatur...
betriebs...
wir...
ist...
stieren...
Unterdrückung...
liches...
sozial...
peleie...
entscheidend...
Entscheid...
und...
Donn...
gemein...
Was...
demokrati...
Freiden...
wenn...
die...
tionen...
ihnen...
etwas...
jedem...
zum...
aus...
Die...
Ermordeten...
Säufer...
Felleborn...
Mitglied...
haben...
Er...
lechten...
reich...
Ich...
Zweifel...
Dieser...
der...
sich...
der...
Dieser...
seiner...
zu...
zu...
Um...
fall...
widerlegen...
Wittellung...
Herr...
forderung...
matten...
unierte...
fordern...
unbehindert...
eingreifen...
Der...
forderung...
wo...
Befehl...
Das...
von...
find...
Dokalen...
eigenen...
Das...
nären...
welle...
eine...
Jestun...
keine...
Im...
ben...
Befehl...
Arbeiter...

Philipp Scheidemann, „begründet“ Geberings Zuchthausgesetz

Philipp Scheidemann, der unter dem revolutionären Wahlspruch 1918 vom Balkon des Berliner Schloßes die „republikanischen Freiheiten“ verkündete, schreibt in der Volkszeitung:

„Von Aufhängen und vom Schutze der Republik“ nennt er einen Artikel, der eine Dege gegen die revolutionäre Arbeiterchaft, ist und keines Freundes Geberings Zuchthausgesetz „begründet“ soll.

„Geberings“ Philipp macht das nicht gerade sehr glücklich. Er bemutet den alten Text, Kommunisten und Nationale Sozialisten als dazwischen, als „Anhänger der Diktatur“ zu bezeichnen. Doch ist dieser Artikel Scheidemanns geeignet, diesen alten Kniff in seiner „Ueberzeugungsfreiheit“ noch mehr zu schwächen, als er es ohnehin ist.

Er macht das so: Die Nazis schmeißen Bomben, also sind sie gegen „Demokratie“. Die Kommunisten sind gleichfalls gegen diese „Demokratie“. Also müssen wir die Kommunisten einsperren, verbannen, an die Wand stellen.

Nicht gerade sehr glücklich, Herr Scheidemann. Aber was tut man nicht alles, um ein Zuchthausgesetz gegen Arbeiter zu „begründen“. Wir lesen da:

Wie die Kommunisten, so bekämpfen auch die Faschisten die Demokratie. Ihre idealen Vorbilder sind Rußland und Italien. Dort wird keine Spur von Demokratie geübt, es herrscht brutale Diktatur. Kein antifaschistisches oder antifaschistisches Wort darf gesagt oder geschrieben werden. Wer sich in den von Moskau oder von Rom aus beherrschten Ländern so benehmen möchte wie die Faschisten oder Kommunisten bei uns, der würde sofort in Gefängnis, auf einlauer Insel, in Sibirien oder an einer Mauer unschuldig gemacht werden.

So, da hast du Faschisten-Italien, — und da hast du Sowjet-Rußland. Und in beiden die Diktatur.

Der „keinen“ Unterschied, daß in Italien — wie in Deutschland, das Kapital diktiert, das Unternehmertum, und in Sowjet-Rußland die Arbeiter und Bauern diktiert und es keine Ausbeuter und keine Ausbeutung mehr gibt, ist natürlich Herrn Scheidemann bekannt. Aber ebenso natürlich ist, daß er diesen „keinen“ Unterschied verschweigt — unterschlägt. Denn: „Das System ist dasselbe“. Das System der Diktatur. Der Inhalt der Diktatur ist für Philipp ganz nebensächlich. Was da: Arbeiterdiktatur? — Diktatur! Und das ist entscheidend. Aber wir in Deutschland! Wir haben die „Demokratie“. Allerdings ist der Inhalt der „Demokratie“ derselbe wie im faschistisch diktierten Italien; Ausbeutung, Massenelend, Profitwirtschaft und Unterdrückung. — Auch die Methoden sind keine anderen: Staatliches Schließungsdekret, Volksterror, Nationalfaschistische und sozialfaschistische „Kollonnen“ Zuchthaus und Verbannungsgeheime, Verleumdung und Organisationsverbote, hoch das ist ja nicht entscheidend.

Entscheidend ist — die „Diktatur“ oder die „Demokratie“. Und was tun wir in Deutschland? ruft Herr Scheidemann. Dann kann er es sich nicht vernehmen, die Arbeiterchaft auf das gemeine zu verhöhnen. Wir lesen da:

Was tun wir? Wir achten darauf, daß auf Grund unserer demokratischen Einrichtungen und Freiheiten den faschistischen Feinden der Republik kein Steinchen in den Weg gelegt wird, denn sie gegen die Republik und ihre Vertreter toben, daß die Schups sie sorgsam bei ihren Demonstrationen gegen die Republik begleitet, damit ihnen bei ihrem Tun um keinen Preis der Welt etwas geschehe! Bedenket Demokratie etwa, daß man jedem Narren oder Verbrecher die Möglichkeit rühern muß, sich zum Schaden der Allgemeinheit nach Herzenslust ungehindert ansetzen können?

Die unglücklichen Opfer des blutigen Volksterrors, die Ermordeten, die Verbannten, die Verfolgten und in die Zuchthäuser Eingesperrten haben diesen „Schutz“ am eigenen Leibe ge-

spürt, und die geknechtete Arbeiterchaft kennt diesen „demokratischen Schutz“ des Gemeinruffels und der Faschistengewalt. Aber damit noch nicht genug Herr Scheidemann „begründet“ ist ein neues Zuchthausgesetz. — Und er „begründet“ es wie folgt:

Solange noch monarchistische Richter in der Republik Recht „im Namen des Volkes“ sprechen und selbst die wildesten Beschimpfungen der Republik für kraftlos erklären, solange solche Richter ausgewählte haben, die die deutsche Reichsflagge belächeln, freisprechen — solange haben die revolutionären Genossen links und rechts es leicht, Scheidemann zu beschimpfen. Sobald es jedoch leitendständig geworden ist, daß jeder für seine Ziele zu reden und schreiben kann, was er will, daß er aber nicht den Staat, seine Vertreter und seine Hoheitszeichen ungeschützt beschimpfen und verleumben darf, sobald das, wie gelangt selbstverständlich geworden ist, wird der Heldennut der Kabifantia sich in nichts auflösen!

Heldennut heucheln? Tölpelnde Arbeiter stunden und stehen vor dem Klassenrichter und sind von „reaktionären“ und von „demokratischen“ Richtern auf Jahre in die Kellern der „deutschen Demokratie“ geworfen worden. Die „demokratischen“ Urteile haben den reaktionären um nichts nach. Die Tüchtigkeit Wolfgang Geberings, des Vorzeigens Philipp Scheidemanns, am Richter Senat hat speziell nur den einen Zweck gehabt, zu „milde“ Urteilen zu verbieten und die ganze „Strenge des Gesetzes“ gelten zu lassen. Die Arbeiter haben noch niemals „Heldennut“ geübt. Sie standen und stehen vor den Klassenrichtern entschlossen, bewußt, und treu zu ihrer Klasse.

Faschistische Verfassungsreform mit austromarxistischer Hilfe

Paul Leni räsoniert über Otto Bauers Bankrott

rg. Der neue österreichische Bundeskanzler Schöber, der von der Sozialdemokratie zuerst als „Republikshüter“ begrüßt wurde, hat am 15. Juli, hat dem Bundesrat Erklärungen über die geplante Verfassungsreform gegeben, wobei er so weit ging, offen zu erklären, daß die Reformveränderung nach Schaffung des „Ständekongresses“ in die neue Verfassung hineingearbeitet werden soll. Es ist offensichtlich, daß die Schöberregierung, wie ja übrigens die Regierung des österreichischen Faschismus ist, erkannt haben, die Regierung des österreichischen Faschismus ist.

Die „linke“ SPD, die jahrelang den Austromarxismus als ihr leuchtendes Vorbild gefeiert hat, sieht sich nun gezwungen, die Verantwortung für den „Erfolg“ ihrer Politik in Österreich abzugeben zu versuchen. Sie tut es um so lieber, als sie gerade jetzt insbesondere angesichts des Unterdrückungsraubes an den Erwerbslosen gezwungen ist, im eigenen Lande ihren arbeiterfeindlichen Charakter ziemlich unverhüllt aufzuzeigen. Und jetzt aber ist es ein beliebter Text der „linken“ Reformisten geworden, ihren „Kadifaschismus“ dort zu zeigen, wo er sie nichts angeht, nämlich in weiten Betrachtungen über die Unzulänglichkeit ihrer ausländischen Parteiparteien, während man im eigenen Lande genau dieselbe Politik macht wie die Faschisten.

So sieht denn nun Paul Leni in einem durch die ganze „linke“ SPD-Stelle gegangenen Artikel über seine unglücklicherweise schon demaskierten österreichischen Spielgefährten. Die Verfassungspolitik der offiziellen Sozialdemokratie scheint ihm „völlig aweflos“ — und hinfällig sei es, „ich über die wahre Bedeutung des Schöberministeriums an Hand seiner schönen Reden über den Schutz der Republik hinwegzulaufen:

„Dieses Bekenntnis zur Staatsform ist nun schon ein langweilig heruntergeleiteter Text. Zur Staatsform bekennt sich ja alle; auch die Mannschaft des Reichsmehrsten Groener wird ihre Treue zur Staatsform so oft betonen, als es nur einer hören will, und heutzutage beginnt ein jeder kalter Vögel nicht mit einem Bruch, sondern mit einem Bekenntnis zur bestehenden Staatsform. Der Schöber, also mit seiner Staatsform hin und her. Er ist der Mann, der der Träger der Rüstung des Juli 1927 ist, selbst, wenn er tausendmal beweisen könnte, was er nicht einmal hehlen hat, daß er völlig unschuldig sei an den blutigen Er-

gehn seiner Folger an jenem 15. Juli, so wäre er doch politisch der Verantwortliche, wie er auch von den österreichischen Sozialdemokraten genommen wurde. In allem Bestreben ist es fast das Bestreben, daß dieser Mann jetzt Ministerpräsident und von den Sozialdemokraten getragen wird.“

Leni fragt nun, wie diese Riederlage möglich war, denn daß es eine ist, mag er nicht zu bemerken. Ausdrücklich erkennt er an, daß die österreichische Arbeiterchaft an sich stark ist, daß ihre Position „alles andere als ausfallslos ist in einem politischen Kampf, der aufs Ganze geht“, daß die alle Ausbeute von den kommunistischen Spaltem in Österreich verlor. Also müßten irgendwelche Fehler da sein. — Und der „linke“ Leni findet sie charakteristischerweise nicht etwa in einer Klassenmäßig falligen Einstellung der SPD, sondern — im Marxismus!

Der Marxismus hat einen großen Vorzug, der unter Umständen sein größter Fehler ist. — weil er die Dinge sehen kann, glaubt er auch verstanden, die Dinge meistens zu können. Er glaubt Kräfte, die er sich entfalten sieht, horten zu können. — und dieser Glaube führt zum Irrtum in doppelter Hinsicht: heißt die revolutionäre Welle, so glaubt er, den Punkt bestimmen zu können, bis zu dem sie, — nach seiner Auffassung der gesellschaftlichen Verhältnisse — zu steigen habe. Hält sie, so wie jetzt in Österreich, so glaubt er, daß das Zurückgehen regulieren zu können. So habe nach dem 15. Juli 1927, dann bei der Ministerfrage, die Sozialdemokraten in Österreich geglaubt, den Punkt bestimmen zu können, bis zu dem sie ihre Kniee zurücknehmen. Es geht aber in der Politik, wie in der Strategie: Geht eine Armee zurück, so ist der Punkt, bis zu dem sie zurückgeht, am wenigsten abhängig von dem Willen dessen, der den Rückzug bestimmt, als mehr von dem Willen, der Energie, dem Elan dessen, der folgt. Das ist schon bei einer Armee, die ein disziplinierter Körper ist, wieviel mehr bei der Klasse, deren Willen nicht zuvor im Exzess gebildet worden ist. Hier ist der Entschluß zu einer politischen Handlung, das Ziel der Handlung, ungleich ausschlaggebend für das Maß des Willens, den die Massen aufrufen.

Für jeden wirklichen Marxisten ist es klar, daß Leni hier nichts anderes festhielt als — seine eigene Theorie, die in Österreich zur Katastrophe geführt hat. Es ist sehr billig, die Ausführung einer Theorie für ihren eigenen konterrevolutionären Charakter verantwortlich zu machen. Aber wenn der Marxismus wirklich, wie in dem angeführten Zitat von Leni und im übrigen in seiner gesamten theoretischen Arbeit, nur ein Mittel ist, die Dinge zu „diagnostizieren“, den Ablauf des unvermeidlichen Fatums zu erkennen — ja, dann ergibt sich allerdings die Praxis Otto Bauers: Schritt für Schritt zurückzuziehen und den enttäuschten Arbeitern zu sagen, daß sich leider nichts machen läßt, daß die objektiven Bedingungen ungünstig geworden seien, und daß man warten müsse, bis sie besser werden. Und dann wird allerdings die enttäuschte Arbeiterchaft dem Faschismus teils zuliegen, teils zum Opfer fallen. Aber mit dem wirklichen Marxismus, der, wie Marx immer wieder erklärt hat, nicht dazu dient, die Welt zu interpretieren, sondern sie zu verändern“, hat die Theorie der Leni und Bauer nichts zu tun: Der wirkliche Marxismus stellt sich nicht die Aufgabe, gut zu prophezeien, wie weit das Proletariat zurückgehen werde (das hat Marx niemals getan, und dem Otto Bauer blieb es vorbehalten, die Ergänzung des Marxismus durch eine Theorie des Rückzuges“ zu verlangen) — er sucht die Bedingungen des Sieges des Proletariats festzustellen. Und der Sieg des Proletariats ist an die wesentliche — von Paul Leni immer auch zur Zeit seiner Gastrolle in der kommunistischen Internationale und auch wieder in diesem Artikel ignorierte — Bedingungen gebunden, daß das Proletariat nicht eine formlose Welle ist, der die Führung „das Volk“ leitet“, sondern daß es eine stielbare, opferbereite, die proletarische Revolution organisierende Vorhut heißt, die es zum Siege führen kann. Die Entmischung dieser proletarischen Vorhut, der kommunistischen Internationale nach Kräften zu hemmen, das war und ist der ganze Inhalt der politischen Tätigkeit der Paul Leni, Otto Bauer und Co. Wenn das österreichische Proletariat sich heute in einer schwierigen Lage befindet, dann wahrhaftig nicht, so wohl es eine schwache kommunistische Partei hat, wie der Demagog Leni behauptet, sondern weil seine revolutionäre Vorhut schwach ist. Die Demagogen, die mit „linken“ Phrasen über die notwendige „Einheit der Arbeiterchaft“ die österreichische Arbeiterchaft gebunden dem Schöber ausgeliefert haben — sie und niemand anderer sind für die heutige schwierige Lage verantwortlich. Und wenn Paul Leni in seinem Artikel sagt, daß die 800.000 österreichischen Arbeiter „noch immer die härteste Wand in Österreich sind, wenn man sie das Wollen leitet“ — dann muß man klar und deutlich sagen und jeder denkende Arbeiter muß es verstehen: Es kommt nicht darauf an, die Abstraktion Otto Bauers durch eine um einige Nuancen radikalere (wie sie übrigens bis 1927 von Otto Bauer selbst angewandt wurde, und damals schändlichen Bankrott erlitt) zu ersetzen: Es kommt darauf an, das österreichische Proletariat unter der Führung seiner revolutionären Vorhut, der kommunistischen Partei Österreichs und der kommunistischen Internationale, zusammenzuschließen und die linken Schwächer der „proletarischen Einheit“ unschuldig zu machen, Gelingen des, lernen die österreichischen und die deutschen Arbeiter, von denen der Ausgang des österreichischen Bürgerkrieges zu einem guten Teil abhängt, aus dem Bankrott der „linken“ Phrasisten, dann, aber auch nur dann kann das österreichische Proletariat gegen, seine Diktatur errichten und dadurch den Sieg der deutschen Revolution in die nächste Nähe rücken. Der Weg zum Siege geht über die Verankerung der proletarischen Front des Reformismus, des „linken“ Schwächer, über den linken Aufschwung der proletarischen Einheitsfront von unten unter Führung der kommunistischen Partei in Österreich wie in Deutschland.

Die Humanität zum Fall Bessedowski

Wie anzunehmen der Humanität vom 4. Oktober nachfolgende Verfassungen zur Verleumdung des Falls im Falle Bessedowski, die auch von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse des Auslandes weiterverbreitet wird. T. No.

Bessedowski war vor einigen Tagen — ohne daß irgendein Mitglied der Tscheta eingegriffen hätte — seiner Funktion enthoben worden und hatte die Geländschaft verlassen.

Er sollte nach seiner Dienststellung nach Moskau zurückkehren und dort einen Bericht über seine Tätigkeit in Frankreich erstatten. Da diese seine Tätigkeit zu Bemerkungen Anlaß gegeben hatte, hatte Bessedowski das Gefühl, daß ohne Zweifel Maßnahmen gegen ihn ergriffen würden.

Dieser Sowjetfunktionär, den verschiedene Beziehungen mit der Konterrevolution bereits fälschbar korruptiert hatten, bemühte sich auf... Nummer notwendig sich ein Überzeugen in das Lager der ängstlichen Gegner der Sowjetunion in verschärfter Form.

Dieser Verräter an der Sache der ersten revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung wagt nicht, zur Vorkriegs-Tarbolew zu gehen und sich mit ihr zu verbünden, um sein altes Geschäft zu führen.

Um aber alle von der verfaulten Presse über den Zwischenfall vom Rittwochabend verbreiteten Ungehörlichkeiten zu widerlegen, bringen wir zunächst über diesen Zwischenfall die Mitteilung der Volkspresse.

Herr Bessedowski, Leiter der Gerichtspolizei, begab sich auf Anforderung des Herrn Bessedowski in Begleitung dieses Diplomaten zum Führer der Geländschaft, Herr Bessedowski telefonierte aus der Wärtnerloge seiner Familie, um sie aufzufordern, sich ihm anzuschließen, was sie sogleich tat. Sie konnten unbehindert die Geländschaft verlassen, ohne daß Herr Benoit eingegriffen brauchte.

Der Leiter der Gerichtspolizei begab sich darauf auf Anforderung des Sekretärs in den Hof des Geländschaftsgebäudes, wo ihn der Sekretär festhielt, daß die Koffer des Herrn Bessedowski in diesem Augenblick zum Fortnehmen bereitstanden.

Das ist die Wahrheit über eine Reihe von Tatsachen, die von der Bourgeoisie zu rein politischen Zwecken entstellt worden sind. Diese Zwischenfälle wurden von allen Verbündeten und Oskalen des französischen Imperialismus in breitem Maße zu eigenen Zwecken ausgenutzt.

Das Proletariat, das die Entmischung der konterrevolutionären Offensive verzieht, wird sich durch diese neue Aggressionen nicht täuschen lassen. Es wird begreifen, daß dies nur eine Etappe bei der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion ist und wird damit antworten, daß es sich stärker um seine Klassenorganisationen sammelt.

Im Licht des Zwischenfalls in der Sowjetgeländschaft werden die Verantwortlichen die Notwendigkeit, in der Partei der Arbeiterchaft unbedingt Disziplin zu halten, begreifen. Die ge-

ringste Abweichung von der vom Kongreß der kommunistischen Internationale festgelegten Linie führt ideologisch in das weite Lager der Gegenrevolution.

Der Zwischenfall in der Geländschaft beweist, daß Bessedowski, Sozialdemokrat, Reformist, Kapitalist im Grunde genommen die gleichen konterrevolutionären Auffassungen gegen ihrer aller Ziel ist die Vermischung der Diktatur des Proletariats und die Errichtung dessen, was sie „Demokratie“ nennen, also die kapitalistische Ausbeutung.

Ein neuer Bluff

Der Betrug mit dem Washingtoner Abkommen

Berlin, 8. Oktober. (Eig. Drahtmeldung.)

Amlich wird mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister und der Reichsaussenminister am 1. Oktober dem Reichsrat einen Gesetzentwurf vorgelegt haben, in dem die Zustimmung zum Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ausgesprochen wird. Das Zustimmungsgesetz soll gleichzeitig mit dem Arbeiterkataloggesetz und Bergarbeitergesetz in Kraft treten. Die Ratifizierung durch Deutschland soll nicht abhängig sein von der Ratifizierung durch andere Staaten. Damit wird versucht, einen alten Schwindel aufzuwärmen. Durch das Washingtoner Abkommen wird die Arbeitszeit auch nicht um eine Minute verkürzt. Das Abkommen schließt die Regelung der Arbeitsdauer für die gesamte Schiffsahrt aus. Bei Arbeiten im Schiffswechsell kann die Arbeitsdauer bis 56 Stunden betragen. Durch Verordnungen können Ausnahmegesetze bewilligt werden, u. a. bei „Häufung der Arbeit“. Außerdem können Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen Anordnungen über Überarbeit treffen. In Deutschland sind über zwölf Millionen Arbeiter und Angehörige tariflich erfaßt. Jeder Tarifvertrag enthält den Punkt: Die Normalarbeitszeit beträgt 8 Stunden. Aber nach amtlichen Feststellungen arbeitet in Deutschland mehr als die Hälfte der Beschäftigten 9 und 10 Stunden. Außerdem hat die Rationalisierung die Arbeit ungeheuer intensiviert. Der Kampf um den Siebenstundentag steht auf der Tagesordnung. Auch der Achtstundentag kann nur zurückgehört werden durch den revolutionären Kampf der Arbeiterchaft. Die Arbeiterchaft wird sich durch das Washingtoner Abkommen nicht blaffen lassen. Sie wird den Kampf gegen Überstunden und für den Siebenstundentag aufnehmen.

Wir werden zu dem Washingtoner Abkommen und die Rolle der SPD und des ADGB in diesem Betrug an den Arbeitern und Angehörten noch besonders Stellung nehmen.

Die Geburt in der Fabrik

Von einer Arbeiterin

Am 2. Oktober 1929 wurde in der Normalfabrik...
schell in Hannover ein kleiner Junge geboren. Die Mutter
hatte bis zum letzten Augenblick gearbeitet. Eine Arbeiterin
hatte aus dem folgenden Gebilde:

Das Lied der Arbeit klingt und singt,
Der Riemen läuft, der Kolben schwingt.
Bleich sieht ein Madel und werft und schafft —
Der Mund zerpfeift, mit lechter Kraft:
Ach, sag ich im Bett hinter weißen Gardinen!
Stille! — Arbeiten! — Geld verdienen!

Die Schmerzen wühlen im müden Leib —
Arbeits, schweige, Proletenweib!
Es geht nicht mehr, es — geht — nicht — mehr —
Die Wände schwanke um sie her.
Nun steht sie auf — nichts seh'n und hören!
Stille — ich muß — mein Kind — gebären!

Eine Klatschdame hat's uns überbracht,
Hat verlesen — häßlich dazu gelacht.
Sie schwanken, wer wohl der Vater war?
Und man hätte noch gar nichts gemerkt bisher.
Mir aber entrang sich's wie kurzes Gebet:
Werde ein Kämpfer, kleiner Prolet!

Küchle Dresden Kinder. Die zur Zeit im Landkreise Dar-
schmen (Litzpau) zur Erholung untergebracht sind Dresden
Kinder treffen am 9. 10. 18.26 Uhr auf dem Dresdner Haupt-
bahnhof wieder ein. Die Angehörigen wollen für Abholung der
Kinder zur genannten Zeit auf dem Dresdner Hauptbahnhof
Sorge tragen.

Vorschläge auf Zulage zur Beschaffung von Heizstoffen
und Kartoffeln sollen an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene,
die vom Ortamt für Kriegserlöse des Rates zu Dresden
Zulage erhalten, in Höhe eines Monatsbetrages der
Zulage gewährt werden. Der Vorschlag wird in Höhe von
einem Monatsbetrage Mitte Oktober 1929 durch das Ortsamt
geprüft und mit je einem Drittel des Gesamtzuschusses von der
auf die Monate Januar, Februar und März 1930 zu zahlenden
Zulage geteilt werden. Bisher ist von denjenigen Zulage-
berechtigten, die Vorschläge zur Beschaffung von Heizstoffen
und Kartoffeln vermittel haben wollen, ein schriftlicher Antrag
zu stellen. Der Antrag ist an das Ortsamt, Theaterstraße 11/13,
2. Stockwerk, zu richten oder in einer der städtischen Wohlfahrts-
polizei-Inspektionen abzugeben, und zwar umgehend und spä-
testens bis mit 10. Oktober 1929.

Wer hat etwas verloren? Im dritten Vierteljahr 1929 sind
in den städtischen Geschäftsstellen die an der Anschlagtafel im
Neuen Rathaus, Eingang Ringstraße, verzeichneten Gegenstände
gefunden und bis jetzt noch nicht abgeholt worden. Die sich
ausweisenden Emplangberechtigten können die Gegenstände bis
zum 31. Dezember 1929 in der Rathauskassa (Neues Rathaus)
in Empfang nehmen. Nach Ablauf dieser Frist werden die nicht
abgeholt Gegenstände, mit Ausnahme des Bargeldes, öffent-
lich veräußert werden.

Hindenburg Ehrenpräsident der Internationalen Hygiene- Ausstellung Dresden 1930

Reichspräsident von Hindenburg hat dem Präsidium der
Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 mitteilen
lassen, daß er bereit ist, das Ehrenpräsidium zu übernehmen.
Wenn da die Ausstellung nicht glänzend werden soll!

Mitglieder der Dresdner Volkshilfe aufgepaßt!

Für die bekanntgemachten Nummern für die Komodie sind
ab Dienstag folgende Änderungen vorgenommen worden:
Dienstag den 8. Oktober Nr. 651-700, Mittwoch den 9. Oktober
Nr. 701-750, Donnerstag den 10. Oktober Nr. 751-800, Freitag
den 11. Oktober Nr. 801-850, Sonnabend den 12. Oktober Nr.
851-900, Sonntag den 13. Oktober Nr. 901-950, Montag den
14. Oktober Nr. 951-1000.

Die Sprechstunde des Erwerbslosenaußenbüros Birna findet
jeden Mittwoch und Sonnabend von 10 bis 12 Uhr im Volks-
haus statt.

Nicht aus dem Rahmen des Möglichen fallen!

Die erwerbslose Jugend und die SAJ / Von Kurt Martini, Dresden

Ein großer Teil der arbeitenden Jugend ist der Ansicht, daß
die SAJ ein Spiel- und Wanderspiel ist. Doch diese „tatsäch-
lichen“ Jugendlichen werden jetzt eines anderen belehrt. Der
Reichsausschuss der SAJ tagte vor einigen Tagen in Hohnstein
und besaßte sich „logisch“ mit der Erwerbslosenfrage. Darüber
beißt es im Bericht:

„Den Kampf um die Arbeitslosenversicherung nahm der
Reichsausschuss der Sozialistischen Arbeiterjugend zum Anlaß,
mit aller Entschiedenheit dafür zu warnen, daß Verschlechte-
rungen für die arbeitende Jugend in dem reformierten Gesetz
ausgenommen werden. Die Reichstagsabgeordnete Marie
Juchacz, die an der Jugendtagung in Hohnstein teilnahm,
wurde beauftragt, diese Auffassung der sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion als Willensäußerung der Jugend zu über-
mitteln. Die Jugend vertraut der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion, daß sie, wie bisher, auch in der Frage der Ar-
beitslosenversicherung im Rahmen des möglichen die Belange
der wertvollen Jugend verteidigt.“

Im „Rahmen des möglichen“ die Belange der wertvollen Jugend
zu vertreten ist ein äußerst behäbige und allzu bekanntes
Wort. Die SPD wird natürlich dieser Bitte ihrer Jugend-
leitung am nächsten zu betrachten. Wir brauchen uns nur die Vorlage
von Willensäußerung näher zu betrachten. Jeder wird merken, daß
die SPD die Belange der wertvollen Jugend nicht verteidigt.
In der Willensäußerung Vorlage heißt es, daß die Jugendlichen, deren
Eltern in Arbeit stehen, nicht unterhaltungsbedürftig sind.
Die Sprechstunde soll von 4 auf 8 Wochen ausgedehnt, und kann
bis auf 8 Monate verlängert werden. Der Vize (SPD) er-
klärte am 2. Oktober im Reichstag, daß „zahlreiche Einzelheiten
des Entwurfs ihm nicht gefallen würden und daß er die Herab-
setzung der vorangehenden monatlichen Sprechstunde auf 3 Monate
verlangte“. Also, drei Monate ohne jegliche Unterhaltungs-
bedürftigkeit von der SPD ist offen gebilligt, natürlich auch
8 Monate, aber das sagt man nicht so offen. Die Wartezeit für
alle Bedingten wird von 1 Woche auf 2 Wochen verlängert. Die
SPD einigte sich mit den Demokraten und dem Zentrum am
Dienstag dem 2. Oktober daraufhin, daß die Arbeitslosenzeit
im Fall der erstmaligen Arbeitslosigkeit von 26 Wochen auf
52 Wochen verlängert wird. Die SPD stimmte in derselben
Sitzung des Reichstages gegen die Einführung der Meldepflicht
der Unternehmer bei offenen Stellen.

Das ist die Vertretung der Interessen der wertvollen Jugend
im Rahmen des „möglichen“ durch SPD und SAJ-Funktionäre.
In der Wahlzeit zur Landtagswahl ist die SPD: „Die
sozialdemokratische Partei schlägt sich ein auf das Reich für
Verbesserung der Arbeitslosenversicherung“.

Der größte Schuft im ganzen Land...

Aus der Praxis eines sozialdemokratischen Betriebsrates

Dresden, den 7. Oktober 1929.

Der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der
Denunziant. Eine erbärmliche Figur machte der Betriebsrats-
vorsitzende und kramme SPD-Mann Böttner heute vor dem
Arbeitsgericht. Der Zimmermann Richter klagt gegen Hoenisch
& Co. Niederlich, wegen seiner Entlassung, er hielt hierin eine
unbillige Härte. Zwei bereits stattgefundene Vorverfahren führten
zu keinem Ergebnis, da der Kläger sich zu keinem „Vergleich“
breitschlagen ließ.

Er wollte den Denunzianten herausschoben.

Die Vorgeschichte ist folgende: Bei Hoenisch & Co. wird
ein neuer Polier eingestellt. Da dieser gelernter Mau-
rer war, glaubte der bereits längere Zeit im Betrieb be-



schäftigte Zimmermann Richter (der Kläger), daß man die den
Zimmerleuten vom Polier gegebene Anweisung sachmännlich
anders und besser erledigt werden könnten. Doch dieser
erklärt, wie er es bestimmte, wird es gemacht. Einige Zeit
später wurde dem Polier durch Böttner mitgeteilt, Richter habe
gegen ihn; denn in der Frühstücksstube habe er gesagt: „Was
der Polier anordnet, wird gemacht, und wenn es
schief ist.“ Hierauf wird er entlassen, weil ein „er-
beutliches Weiterarbeiten mit ihm nicht mög-
lich“ sei. Der Betriebsrat (mit Böttner als Vorsitzenden)
erkennt die Entlassung als berechtigt an (1). Das Arbeits-
gericht soll nun entscheiden. Da, wie bereits gesagt, der Kläger
jeden Vergleich ablehnt, müssen die Zeugen herbeiführt werden. Als
Nr. 1 der Polier und Nr. 2 der SPD-Mann Böttner, beide von

der Firma benannt. Nr. 1 hat es nicht selbst gehört, er „er-
es“ von Nr. 2 (Betriebsratsvorsitzendem Böttner).

Nun wird diese Krone und Perle aller Betriebsrats-
heringerufen.

Er soll unter Eid bestätigen, daß er die dem Kläger zugehö-
ren Worte selbst gehört habe. Unter allerhand Ausflüchten
verweigert er, sich um den Kern herumzudrücken, um so für den
Kläger eine Wiedereinstellung unmöglich zu machen und sein
eigenes erbärmliches Spiel zu verteidigen. Doch es gelingt, trotz
der bekannten SPD-Verdrehungen und „Kunststücke“ vorbei, Offen-
muth er bekennen, daß er dem Polier die angeblichen Ausfüh-
rungen überbracht hat und daß er sie selbst nicht ge-
hört hat.

Erfügen und betretendes Schweigen im Gerichtssaal.

Dem Gerichtsvorsitzenden kommen derartige Kreaturen
scheinbar auch nur ab und zu unter die Finger; denn in „ein-
gen Worten“ schildert er dem Kläger seine Handlungsweise.

Hoenisch & Co. mußten nach diesem Prozeßausgang den
Kläger wieder einstellen und 30 RM Entschädigung (er
hat nur 4 Tage „gebummelt“) zahlen.

Interessant waren die nach der Verhandlung im Korridor ge-
tananen Bemerkungen des Betriebsleiters Hufenand zum Polier
Bauerich, die so lauteten: „Der kriegt eine Schablone in die
Hand, in der er sich nicht zurechtfindet; nach 2 Tagen kann er
dann wieder gehen.“

Arbeiter, was erkennt ihr an diesem Prozeß? Erstens, daß
die unter sozialdemokratischer Führung stehenden und von so-
zialistischer „Moral“ angeführten Betriebsräte auch elend ver-
raten und verkaufen, wenn sie glauben, sich beim „Vergleichen“
sich ein Kind machen zu können. Daß sie sich nicht scheuen, im
wahren Sinne des Wortes zum

Verräter an ihrer Klasse

zu werden; zweitens, daß ihr nur mit der unter Führung der
SPD stehenden Opposition gegen dieses schändliche Spiel auf-
treten kann. Reicht in allen Betrieben den reformistischen Re-
trüger die Masse schonungslos vom Gesicht.

Die Belegschaft von Hoenisch & Co. hat diesem bereits Rech-
nung getragen, indem sie mit 90 Prozent Mehrheit diesen Ver-
rätern ihr Vertrauen entzog. Die Vertreter wurden jedoch von den
Herren nicht niedergelagt. Sie „leben“, wie ihre „Führer von
Format“ es ihnen gelehrt haben.

Auch ein Margarineverkauf / Was den Angestellten zugemutet wird

Wie heute verläuft wird, sich auf dem Rücken der um ein
notwendiges Auskommen Ringenden „grün zu machen“, zeigte
eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht. Die Firma Glauche
& Co., Lebensmittel, Weiße Gasse, klagt gegen ihre Angestellte,
Frau K., auf Herausgabe eines verpfändeten Möbelstückes. Wie
kommt die Firma dazu, vor ihrer Angestellten dies zu verlangen
und vor allem vor dem Arbeitsgericht zu klagen? Wie werden
sich diese Frage vorlegen. Umgekehrte Welt heute! Die Revo-
lution habe „ganze Arbeit“ gemacht, aber so, daß der dreimal
gehobene Profit des Unternehmers nicht angetastet werden
sollte. Jedem sein Recht! So will es der Grundgedanke des Pri-
vatrechtens (aber nur, wenn Gefahr für seinen Bestand be-
steht). Wehe, wenn hieran gerüttelt wird. So werden dann
die „zum Schutze der Arbeiterschaft“ geschaffenen „Rechtspre-
chungs“-Institute vom Unternehmer benutzt, um in Gefahr be-
findliche Profite zu retten. Der „Gleichheit vor dem Gesetz“ ein-
gebend, klagt die Firma Glauche & Co. Sie hat eine eigene We-
chobere, bestehende Geschäftsräume von ihren Angestell-
ten tragen zu lassen. Große, allmählich in der bürgerlichen
Preise (Vollstaat usw.) erscheinende Inzerate sichern „jedem
einen mäßigen Reingewinn“ zu. Vorausgesetzt, daß genügend
„Sicherungen“ in Form von Mobilien usw. vorhanden ist. Sind
diese Voraussetzungen erfüllt, wird ein „Vertrag“ geschlossen.

Nun bekommt der „Angestellte“ etwa 2 Zentner Margarine
ins Haus. (Wert 200 RM). Die hat er an Privat zu ver-
kaufen und erhält hierfür 30 RM. Entgegen irrationale Dif-
ferenzen mit der Kaufkraft, wird nicht gezahlt usw., so kauft
der Angestellte für den vollen Betrag mit seiner Sicherheit.
Kann er sie aus seiner Tasche nicht aufbringen, so wird das letzte
Möbelstück aus der Wohnung geholt und verkauft. So ver-
kaufen es auch Glauche & Co. Sie verlangen Herausgabe der ver-
pfändeten Möbelstücke. Die beklagte Angestellte erklärt, über-
haupt nicht gemut zu haben, was sie bei Annahme der „Stel-
lung“ alles unterschrieben hätte. Es müßte alles „ganz ohne“
gehen. Von einer Verpfändung der Möbel hätte sie erst Kennt-
nis erhalten, als die Firma die Forderungen haben woll-
te; „Im übrigen würde sie es nie getan haben, denn bereits
ein Jahr früher hätte sie gegen ein Darlehen die Gegenstände
verpfändet. Den Vertrag legte sie dem Gericht vor. Durch
Urteil kam es denn auch zur Abweisung der Klage, da der von
Glauche & Co. gemachte Vertrag nicht zinslos und gelöst
genug geschrieben war. Der Vertreter der Firma notierte sich
sogar das Bestehen eines anderen Verpfändungsvertrages, um
vielleicht mit Hilfe eines „Meinen Druckmittels“ aber zum Ziele
zu kommen. Allen Arbeitern, insbesondere den Frauen,
müßten wir raten, nie etwas zu unterschreiben, ehe sie sich nicht
vollständig über den Inhalt klar sind. Wir haben Fälle zu
verzeichnen gehabt, wo das letzte Bett herausgeholt wurde und
alles mit Hilfe solcher „Reinigungsverträge“. Durch „rich-
tigen“ Auslegen des bestehenden bürgerlichen Gesetzbuches kann
der Unternehmer unter dem Beistand der Gerichte und Polizei
„im Namen des Volkes“ jederzeit die Proleten ausplündern.

Auswirkungen der Koalitionspolitik der SPD

Niedrigere Umzüge im Konsumverein Vorwärts

Die wirtschaftliche Krise, die sich in steigender Arbeitslosig-
keit und Armut ausprägt, wirkt sich auch in den Umzügen
der Konsumgenossenschaften aus. Die wirtschaftliche Krise zwingt
die minderbemittelten Verbraucher zu starken Einschränkungen.
Die Einschränkungen erfolgen zuerst im Verbrauch von Textil-
und Schuhwaren und im weiteren in dem Verbrauch von Fleisch
und Wurstwaren. Trotz dieser ungünstigen wirtschaftlichen Ver-
hältnisse konnte der Konsumverein Vorwärts einen Monatsum-
satz von 2.000.000 RM erzielen. An diesem Umsatz waren die
Lebensmittelverteilungsteile mit 1.600.000 RM, die Fleisch-
waren-Verteilungsteile mit 300.000 RM und die Sonder-Ver-
teilungsteile für Textil- und Schuhwaren mit 100.000 RM be-
teiligte. In den 4 Großstädten wurde ein Gesamtumsatz von
578.000 RM erzielt. Die Sparfahndungsteile verzeichneten
einen Umsatz an Sparfahndungen von 810.000 RM und einen Ab-
gang von 284.000 RM; es verblieb somit ein Reingehalt von
526.000 RM. Im Berichtsmonat wurden 2 weitere Verteilungs-
stellen eröffnet. Neu beigetreten sind 300 Mitglieder. Aus der
Ergebnis der Berichtsjahre 1928/29 wurde den im Ausbe-
reitschaftsbereich des Konsumvereins Vorwärts vorhandenen gemein-
schaftlichen Organisationen und öffentlichen Fürsorgestellen der Be-
trag von 25.000 RM überwiesen.



Dienstag den 8. Oktober:

15.15: Schallplattenkonzert. 16: Die Entwicklung des Eisen-
bahnpersonenwagens in 100 Jahren. (Am 6. Oktober 1829 erste
Lokomotivfahrt.) 16.30: Hausmusik. 17.30: Wirtschaftsnachrichten.
Anschließend: Wettervorhersage und Zeitungsbesprechung.
Der wertvolle Kran. Die hauswirtschaftliche Ausbildung der
Lehrer in der Berufsschule. 18.30: Französisch. 18.55:
Arbeitsnachweis. 19: „Körper im Raum“. 19.30: Konzert des
Altenburger Wandlängler-Orchesters. 20: Paganini-Stunde. 21:
Aus dem Leben des Vaters. (Beratung) 22: Zeitungsbesprechung
aus dem Nachhause. 22: Zeitungsbesprechung, Wettervorhersage, Verkehr
bericht und Sportlust. 22.15: Aus Spreiten. Anschließend die
24: Unterhaltungsmusik.

So muß es gemacht werden!

Der rote Landsonntag des Stadtteils 1

Am Sonntag dem 6. Oktober hatte der Stadtteil 1 der SPD
zur Landtagung aufgerufen. Dem endgültigen Sieg unseres
Kampfes überzeugt, waren alle Genossen dem Ruf gefolgt. Bei
strahlendem Wetter ging es mit Vorwärtigkeit nach Anhalter hinaus.
Tatkräftige Hilfe leistete die mit hinausgezogene Kapelle der
Proletarischen Musikvereinigung Friedrichstadt. Stehch, Gohlis
und Cottastraße wurden „im Sturm genommen“. Jeder Winkel
wurde aufgesucht und alle Frühkinder, Zeitungen usw. ver-
kauft. Frische verlocken alle die National- und Sozialistischen
oder lauten, hinter Gardinen versteckt, zum Fenster hinaus. In
der Thalkühne Cottastraße erstes Halt. Unter den Klängen der
Revolutionsfanfaren wurde neues Material verteilt. Dann auf
nach Niederwartha, Wildberg usw. Auch hier überall reichliches
Abheben unseres Materials. In Wildberg erhielt der Nachbarn-
haupteingang u. d. Deden (1500. RM-Pensionär der Republik) ein
„Ständchen“, das den härtesten Keißler der Dorfbevölkerung fand.
wie wir überall auf stolze Sympathien der Bevölkerung stießen.
Rückkehr 15 Uhr. Wir trennten uns mit dem Gelächter, tat-
kräftig weiter zu arbeiten und der national- und sozialfalsch-
lichen Meute am 17. November die n. Denktettel zu geben, den
sie durch ihren Verrat und ihre Brutalität verdient haben. Im
Zeichen von Sichel und Hammer müssen wir gehen!

Warnung vor einem Inferatenschwindler!

In den letzten Tagen werden die Geschäftsleute Dresdens,
speziell im Stadtteil Vohlaun, von einem Mann aufgeklärt, der
sich Robert Keilling nennt und vorgibt, im Auftrag der
Arbeiterstimme Inzerate zu sammeln.

Er ist etwa 1,70 bis 1,80 Meter groß, hat ovales Gesicht,
dunkles Haar, glatt rasiert, trägt blaue Schirmmütze und blauen
Chenotanzig.

Da wir einen Aquisiteur dieses Namens nicht beschäftigen,
bitten wir, bei erneutem Auftreten denselben feilschamen zu lassen.

Aquisiteure der Arbeiterstimme haben stets einen Kuomois
des Berlages bei sich und erziehen wir, sich denselben vorzeigen
zu lassen.

Heraus zum Klassenkampf!

Organisationskomitee für die Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Ostpreußen gebildet

Der Druck der kapitalistischen Rationalisierung auf die Arbeitermassen wird täglich unerträglicher. Neben dem unlagbaren Elend in den Arbeiterfamilien, selbst derjenigen Arbeiter, die sich noch ausbeuten lassen dürfen in den Betrieben, steht jetzt das grausame Raubprogramm an den Opfern dieser Rationalisierung, den erwerbslosen Arbeitern und Arbeiterinnen. Die Partei, der Revolutionäre Betriebsratsausschüsse, die Arso, die IAS haben unausgesetzt den arbeitenden Massen gezeigt, welche katastrophale Wirkungen diese Vorlage, falls sie Gesetz wird, haben muß.

Was soll ein nichtunterstützter Erwerbsloser beginnen?

Er wird aus der Wohnung gejagt, weil es ihm unmöglich ist, die Miete aufzubringen. Er wird bei Strafe möglichen Verhungerns gezwungen, ihm vom Arbeitsamt zugewiesene

Pflichtarbeiten

anzunehmen und für einen „Lohn“, der tief unter den berechtigten Löhnen sozialer Kultus liegt, zu schuften; er wird in Scharen die Fabriktore belagern und sich, vom Hunger getrieben, für jeden, selbst dem unwürdigsten Lohnhahnen, der ihm nicht seine Gesundheit opferte, schmeicheln wie ein Besseres, um nicht seine mühsam eroberte „Brotkruste“ an einem anderen zu verlieren. Mit grauem Jammer wird der Ausbeuter ihn aufpeitschen mit der herabwürdigenden Drohung: Draußen stehen...

Es ist das keine Uebertreibung, sondern die notwendige Folge dieser sozialdemokratischen, mit Verlaß, „Sozialpolitik“, dieier echt reaktionären „Erzungenheit“ die einen mahnsüchtigen Kampf um die Erhaltung selbst der kümmerlichsten, den unwürdigsten Existenz unter den Arbeitern entzweifeln muß.

Es wäre völlig verfehlt, wenn wir diese noch nach anderer Richtung überlebensfähige Auswirkung der verschärften Rationalisierung und des Abbaus aller sozialpolitischen Einrichtungen nach der Manier von Heimbürgertlichen Philantropen „feststellen“ würden und im übrigen die Dinge laufen lassen wie sie wollen. Das würde uns nicht voran helfen.

Jetzt gilt es

aus der Erkenntnis die praktischen Schlussfolgerungen für den Kampf zu ziehen; für den Kampf, der Millionen mitreißen soll. Millionen, die heute schon Höhnern unter den für sie untraglichen Existenzbedingungen.

Dieser Kampf zu organisieren, erfordert die größte Hingabe und Energie jedes einzelnen Parteimitgliedes, jeder Arbeiterin, jedes Arbeiters, die Notwendigkeit dieses Kampfes einsehen.

Unnötig zu sagen, daß jeder in seiner Zelle, in der Opposition der Gewerkschaften und in den Massenorganisationen Hand anlegen muß und die phylisterhafte Meinung, sich durch den Beitrag von seinen Pflichten als revolutionärer Klassenkämpfer freigesetzt zu haben, abstreifen muß.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin hat die Fähigkeit, auf irgendeinem Gebiete des revolutionären Klassenkampfes praktisch mitzuwirken und mitzuwirken im Kampf um die Existenzforderungen der Arbeiterklasse.

In Ostpreußen ist die Lage der Arbeiter, wie durch viel Material, das bereits in der Arbeiterstimme veröffentlicht wurde, nachgewiesen worden eine außerordentlich schlechte. Die Textilarbeiterlöhne reichen größtenteils nicht an die Unterhaltung der Familienmitglieder heran. Massenentlassungen in den oberlausitzer Betrieben, Massenentlassungen bei Rüttner in Pirna und an anderen Orten. Dabei werden die Anforderungen für die an den Webstühlen und Spinnmaschinen Arbeitenden aufs äußerste gesteigert. Die Anzahl der zu bedienenden Stühle und Spindeln für die einzelnen Arbeiter und Arbeiterinnen

wird heraufgehoben und ihre Leistungen dadurch vervielfacht. Auch in der Metallindustrie, in der die Löhne in der Vorkriegszeit mit an der Spitze standen, ist die Lage der Arbeiter eine geradezu verzweifelte. Das Gros der Metallarbeiter ist in den Löhnen weit zurückgeblieben. Ohne daß die Reformisten den Finger krümmen, um selbst die armeneligen Schutzbestimmungen gegen Entlassungen auszunutzen, werden tausende und aber tausende Metallarbeiter entlassen. Innerhalb weniger Zeit wurden z. B. bei Seidel u. Raumann stichschweigend über tausend Arbeiter aufs Pflaster geworfen. In anderen Betrieben lehnen wir dieselben „Erfolge“ der Rationalisierung, die nach Behauptungen der Reformisten, der Füller, Händel, Teuber, Büffel und Co. „mehr Arbeit und Brot“ bringen sollte. Der Export der Fertigwarenindustrie und somit die Profite für die Unternehmer steigen, im Gegensatz zu den Löhnen der Arbeiter, gewaltig an. Die Bauarbeiter erfahren gerade an der Massenarbeitslosigkeit die

Verheerende Folgen der Rationalisierung

Zahlreiche Bauarbeiter haben so wenig Arbeitsmöglichkeiten, selbst während der härtesten Baukonjunktur, daß sie nicht einmal die Anwartszeit für die Erwerbslosenunterstützung erlangten.

Besonders miserabel ist die Lage der Angestellten, die, vor allem, wenn sie älter sind, sich heute schon kaum glaublichen Schandgehältern bei den Unternehmern anbieten. Viele Stehfragenprofessoren greifen infolge ungenügender Kenntnis ihrer Klassenlage zu den verzweifeltsten Mitteln, um sich notdürftig an Leben erhalten zu können.

Parallel mit der inhumanen Entzung des Lebensstandes läuft eine Antreiberei sondergleichen in den Betrieben, die als Folge ein rapides

Antwachen der Betriebsunfälle

zur Folge hat. Die Unfallstatistik von 1926 zu 1927 weist folgende Steigerung auf:

	1926	1927	Steigerung
gemeldete Unfälle	20 816	29 836	9020
entschädigungspflichtige	1 889	2 172	283
tödliche bezw. Todesfolge	212	266	54

In den Betrieben der sächsischen Holzberufsgenossenschaft lauten die Ziffern:

	1926	1927	Steigerung
gemeldete Unfälle	2508	3697	971
tödliche	8	16	8
entschädigungspflichtige	410	378	32

In den Betrieben der sächsischen Textilarbeitergenossenschaft sind die Zahlen:

	1926	1927	Steigerung
gemeldete Unfälle	4554	8777	4223
entschädigungspflichtige	614	624	10
Todesfolge	37	34	weniger

Diese wenigen Angaben, die wir um zahlreiche anderer Industriezweige vermehren könnten, sind grauenhafte Zahlen, die nicht etwa ab-, sondern zunehmen mit der Verschärfung der Rationalisierung. Dabei ist für die Arbeitermassen von großer Bedeutung, daß

troz Steigerung der Unfälle der Abbau der Entschädigungen durch Unfallrenten offensichtlich ist, die somit selbst die geringste Unterstützung der Unfallverletzten verhindert und viele dem Elend preisgibt.

Diese kurz angezeigte Entwicklung bedeutet Herabsetzung der Lebenshaltung, wachsende Existenzmiserie.

Massenarbeitslosigkeit, zunehmende Krankheiten, grauenvoll ansteigende Unfälle, kurz: eine unaussprechlich ansteigende Elendskurve,

die als „Erfolg“ des Reformismus registriert werden muß und die Anspannung aller revolutionären Kräfte zu einer radikalen Kursänderung

erfordert. Die Erfahrungen der letzten Kämpfe sowohl im Reich als auch in Sachsen beweisen die Richtigkeit der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der KPD, die belegen, daß jetzt nur die

selbständige Organisation und Führung der Wirtschaftskämpfe durch die revolutionäre Opposition und die selbstgewählten Kampfleitungen aller organisierten und unorganisierten Arbeiter der

dem wachsenden Elend zu begegnen und erfolgreiche Wirtschaftskämpfe zu führen vermögen.

Die Reichskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition

in Berlin soll die Vorbereitung dieser Massenkämpfe organisieren. Die Erfahrungen und Kampfmethoden der letzten Wirtschaftskämpfe, die Mittel, den die Arbeiterkämpfe lähmenden und zerlegenden Reformismus zu überwinden, sollen behandelt werden, um praktische Schlussfolgerungen daraus zu ziehen. In Ostpreußen sind bereits vorbereitende Arbeiten für die Reichskonferenz getroffen. In einzelnen Betriebsversammlungen wurden schon Delegierte gewählt und Beschlüsse zur Finanzierung der Delegation gefaßt. In einer gemeinsamen Sitzung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und des revolutionären Betriebsratsausschusses wurde das

Komitee zur Vorbereitung der Reichskonferenz

geschaffen. Eine oppositionelle Textilarbeiterkonferenz für Ostpreußen legte in Beschlüssen ihr Arbeitsprogramm nieder in Verbindung mit Forderungen für eine zwischentarifliche Lohnregelung. Andere Konferenzen sind in Vorbereitung. Diese umfassende, alleseitige Arbeit der Gewerkschaftsopposition ist eines der sichtbarsten Zeichen für die anwachsenden Kräfte im Proletariat, die es zu steigern gilt zur Erstellung einer

großen revolutionären Einheitsfront zum Kampf gegen die verschärfte Rationalisierung und Ausbeutung, gegen den zunehmenden faschistischen Kurs der nationalen und sozialfaschistischen Einheitsfront, gegen die Kriegsvorkämpfer des deutschen Imperialismus, zum Raubüberfall auf die Samjetunion, für die Beilegung des kapitalistischen Einkems.

Die Industrieführer beschließen auf ihrer Tagung in Düsseldorf, das Programm der verschärften Ausbeutung im Dezember in Berlin konkret aufstellen zu lassen, weil bis dahin die Summen, die auf Grund des im Haag fest beschlossenen Young-Planes endgültig zu übersehen sind. Diese Absicht muß für alle Belegschaften, alle revolutionären Gewerkschaften, für die Erwerbslosen ein Alarm sein zur gesteigerten Aufmerksamkeit.

Die Gefahren für die Arbeiterklasse sind groß und erfordern klare, energische Kampfmaßnahmen und die Überwindung aller reformistischen Traditionen. Die Aufgaben sind klar. Wenn jeder Arbeiter, jede Arbeiterin die revolutionären Kampfaktionen genügend energisch aufzeigt, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Erfülle jeder seine Pflicht! Heran an die Arbeit!

Sie waren in Sowjetrußland?

Von Bill Kärbes

St. Peter — italienische Grenze Karabinieri mit der Feder auf dem Hut, bei manchen läuft das schwarze Hemd unter dem grauen Rock hervor. Die Postkontrolle geht durch den Wagon, gibt die schon vor der Grenzstation abgenommenen Pässe zurück.

„Sie waren in Sowjetrußland?“

„Ja, der Zollbeamte einen Brief bekommen? Der Kaiser wird geleert, die Tische wird geleert. Bücher? Broschüren? Meinungen?“

Das Sanatorium liegt dicht am Meer und ist wie es im Prospekt steht, ein Paradies auf Erden, in jeder Hinsicht erstklassig und modern. Vorierter Kurier (auf der Wunde trägt er den Namen des Inhabers), Saniermädchen, Kind und Schwergelam, ein pudriger Wittchen, der von morgens früh bis spät abends auf und ab fährt. Badezimmer, Massage, Turngeräte, Inhalatoren, Zeitungen, sogar ein Entsaftungsapparat. Jeden Tag laubere Handbücher. Auf jedem Balkon ein Liegestuhl. Auf jeder Etage ein diensthabendes Zimmermädchen, das beim ersten Lauten an der Tür erhebt, um die Befehle entgegenzunehmen. Erstklassig.

Schon am nächsten Tag suchte mich die Signora auf, lächelt mit geschwänzten Lippen. „Wie glücklich bin ich, daß du meiner Einladung gefolgt bist. Eine so alte Freundschaft! Wie lange ist es doch her, daß wir in die Schule gingen. Aber eins muß ich dir sagen, das vorzüglich! Seitdem abend war ein Soldat bei uns, um sich nach dir zu erkundigen. Du kommst aus Sowjetrußland?“

„Aber keine Spur! Ich war im Herbst 1928 dort, es ist bereits ein Jahr her.“

„Das bleibe ich gleich. Wer fährt nach Rußland, was ist? Doch nur eine gewisse Sorte Leute, außer, wenn man Geschäfte machen will, das ist etwas anderes. Wir haben ja keine Ahnung gehabt, daß du... Na, mein Mann erklärte den Kaufleuten, daß du Schriftstellerin bist, eine ganz harmlose Person.“

„Danke schon.“

„Bitte, aber sei vorsichtig, wenn du schon nach Rußland fahren müßtest. Es hat sich bereits herumgesprochen.“

„Ach! Jetzt begreife ich, warum die Manofel, die Augenlider sich stets mißbilligend auf mich richteten. Und ich dachte, das gelte meinen unzureichenden Toiletten.“

„Subjektiv? Und kann mit der Signora nicht sagen, ob die Signora in Sowjetrußland auch Subjekte tragen? Und wie sind die Arbeiterlöhne dort gestiegen? Wie steht es mit dem Boden? Und mit der Arbeitslosigkeit? O, gewiß, ich bin immer glücklich, einer solchen Signora das Paar zu schenken, leider beginnt unsere Arbeit erst gegen sechs Uhr, wenn die Dine vorbei ist und die Signora für den Abend Toilette machen. Dann geht es ohne Unterbrechung bis neun und zehn abends und da kein muß man doch um acht Uhr früh, weil manches Mal doch eine Signora kommt, gewiß, nur in der Saison gibt es soviel zu tun, im Winter sind wir gezwungen, uns nach etwas anderem umzusehen... da hätte man Zeit zum Baden, da, im Sommer kommt man ja doch nicht dazu, da muß man sich schon von den verehrten Kundinnen erschöpfen lassen, wie schon es hier ist, die Sonne und die Wärme... Gleich, Signora, nur noch einen Augenblick, gleich bin ich fertig.“

Das Meer läßt sich rosa, drüber erhebt sich der Mond wie ein roter, fleckiger und mit einem goldsternen Teppichläufer durch das Wasser. Es ist noch früh. Die schwarzen Silhouetten der Filderröcke, die nichts ihre gelben Segel ausspannen, um die morgige Vorposten zu holen, stehen noch zahlreich in den Filderröcken. In Polosca, Na und Jeter. Unten auf der Veranda ist schon am Abendessen bedekt. Auf jedem Tischchen der gleiche rote rote Campenidarin, das silberne Feld, das gelbliche Porzellan. Panache, leuchtet wie eine kleine weiße Fahne, das Menü in einem metallenen Ständer, und die gelbe Ähre in der Kristallvase.

„Tom unteren Balkon kommt eine Stimme — ich kenne sie, es ist die Stimme der Kontessa.“

„Und ich sage Ihnen, sie ist eine russische Spionin. Sie kommen mir glauben. Wie ich heute mit dem Doktor ins Büro komme, hebt sich da und schnüffelt im Schreibtisch herum. Wie sie uns sieht, läuft sie so herüber auf und sagt: „Habe ich keine Post?“

„Unsere Kontessa ist ein wahres Detektiv. Warum nehmen Sie an, daß sie gelogen hat?“

„Ach, mein Vater, das ist doch ganz klar. Sie lachte doch bloß nach den Redaktionen, um zu leben, wieviel einer ausgibt. Danach wird das Vermögen abgehängt. Diese Leute denken doch nur an Expropriationen.“

„Der Doktor behauptet aber, daß sie ganz unerschrocken ist, eine Schiffsärztin keiner Frau. Ich glaube, es ist ein armes Mädchen, das man eingelassen hat, damit es sich einmal satt isst und Luft schnappt.“

„Unschuldig! Wenn man aus Sowjetrußland kommt! Und was brauchen arme Mädchen Luft zu schnappen? Die haben zu Hause zu haken und zu arbeiten. Und die da besonders. Es wäre Zeit, daß diese Leute überhaupt nicht mehr zum Luft schnappen kommen, um jeden Atemzug, den sie tun, zu haben.“

„Aber verzeih mir Kontessa, Ihre Temperament reizt Sie hin... Man kann doch nicht neun Zehntel der Menschheit austreten.“

„Dann lassen Sie Ihren Blick wachen. Es ist doch fürchterlich, daß man selbst in einem Weltbad keine Ruhe hat. Genug, daß

man sich in der Stadt herumzucken muß. Mein Mann ist Aktionär einer Seidenweberei. Na ja, es ist besser geworden, leidend die faschistische Ordnung gemacht haben, aber immer noch gibt es Leute, die unter der Hand Wirbel machen. Die Geschäfte sollten Sie leben, die Geschäfte! Jedesmal, wenn der Schloffer, der Fenster oder der Tapezierer zu mir kommen, habe ich Mühsale... Sie danken einem nicht einmal, wenn man ihnen die Rechnung zeigt... und jetzt kommt man zur Erholung her, und wieder so ein Gesicht... Ach Gott! Wann wird denn das alles ein Ende nehmen? Wann wird ein Wohlwäter der Menschheit Malchinen ausdenken, die uns diese Leute erlösen?“

Der Mond steht nun hoch und hellgelb am Himmel, das Wasser — schwarzer Sammet mit Goldperlen durchdringt. Auch die halbkreisförmige Küste um die Küste mit Goldperlen überflutet. Darüber stehen die Berge, dunkel und verhöhlen. Oben in den Fildern sind die Wälder schon längst erlösen, morgen heißt es früh aufstehen, ihr Frauenfrauen, um eure Milch, Gemüse, Eier, Futter und Weintrauben hinunter auf den Markt zu bringen. Pakt auf, daß ihr den heiligen Weg nicht kolport, und pakt noch heller unten auf: ihr habt die Marktgebühren nicht entrichtet, und wenn der Karabinieri euch erwischt, ist eure Ware verfallen.

Die Kuber plätscherten das Wasser auf. Weit herüber die dunklen Streifen der baumartigen Küste, rechts die Insel Chelia. Der Mondschein ist hart, alles ringsherum dunkelblau und gelb.

„Wie schon ist doch das Meer, herr Fontmann...“

„Schon, Signora, aber das ist für uns, das Meer ernährt uns und läßt uns hungern. Wenn die Fata weit, verdrängen sich die Fische in der Tiefe, und sein Ruckart kann sich zu einer Spatierfahrt entschließen. Da gibt es keine Vollenta am Abend, und am Ende der Saison heißt es noch 300 Lire Kontessa! Ich das Post zahlen... Schon ist das Meer, aber nur der Arme darf diese Schönheit genießen. Wir, die wir täglich keine Unberechenbarkeit zu befürchten haben, leben bestimmet auf die hohen spritzenden Wellen, die sich um die Fellen wärmen, und selbst in der lauten blauen Nacht aramöhnen mir noch Anfschheit...“

Die schwarzen Augen im durchdrachten Gesicht schauen in weich und nachdenklich... aber daß der Mann ja aufrichtig ist? Die Fremden wollen lächelnde Diener haben, und hören sie eine Klage, dann glauben sie, daß man auf ein größeres Trinfach spekuliere...“

Wir sind schon am Ufer, aus der nahen Bar kommen Zogzfragmente herüber, jetzt tangen die Gäste, auf den Tischen stehen prächtige Champagnerbecher oder Gläser mit roten und orangefarbenen Fruchtwasser, die schwimmenden Lippen leuchten wie kleine Pampeln, die von Sonne und Rhythmus aufgewärmelten Körper drängen sich enger aneinander...“

„Wieviel bin ich für die Rauffahrt schuldig, Signora?“

„Für Sie nur drei Lire, Signora: Sie kommen aus Sowjetrußland...“

